



"SCHNITTMENGEN" zwischen dem ISLAMISMUS und der NPD

Etwas mehr Kopftuch auch für deutsche Mädels

Rosenbergs Erben: Rechtsextremistische Vordenker erwägen ein taktisches Bündnis zwischen NPD und Islamisten

von

Volker Weiss

Im Hamburger Stadtteil Bergedorf wird derzeit gegen den Bau einer Moschee mobilisiert. Hinter der Kampagne "Sicheres Bergedorf" steht der Landesverband der NPD, der von dem rechtsextremen Anwalt und Rassenfanatiker Jürgen Rieger geführt wird. Dass Neonazis zu diesem Thema aktiv werden, ist wenig verwunderlich. Stutzig macht dagegen ihre ausdrückliche Erklärung, die Agitation richte sich nicht gegen den Islam, sondern "ausschließlich gegen die zunehmende Überfremdung". Global dagegen hebe sich der Islam als "Verbündeter der freien europäischen Völker im Kampf gegen die Hegemonialansprüche der amerikanischen Ostküste hervor". Diese Formulierung einerseits, die Kampagne gegen die Moschee andererseits, markieren das Spannungsfeld, in dem Neonazis derzeit agieren.

Gedanken an eine gemeinsame Front mit Islamisten gegen "Juden und Amerikaner" finden sich in einschlägigen Kreisen schon länger. Selbst Rieger, rabiater Gegner jeder Zuwanderung, fragte in seinem Pamphlet "Kampf der Kulturen - Kampf der Religionen": "Was ist für unser Selbstbewußtsein schädlicher, die Pflichtlektüre des Tagebuchs der Anne Frank in den Schulen oder eine muslimische Schülerin mit Kopftuch?" Die derzeitige Priorität "deutscher Helden", formulierte der Anhänger eines heidnischen "Ariertums" weiter, sei, "jeglichem Übergreifen des jüdisch-christlichen Fundamentalismus auf Deutschland entgegenzutreten".

Rieger ist kein Einzelfall, die Anzeichen einer Öffnung deutscher Rechtsextremisten für den islamistischen Diskurs häufen sich. Bei den Aufmärschen rechter Kameradschaften ist das Palästinentertuch zu sehen, Szenetreffs ziert mitunter die iranische Fahne. Zustimmung zu den Anschlägen vom 11. September 2001 brachten das damalige NPD-Mitglied Horst Mahler vor Gericht. Bei den Kundgebungen militanter Islamisten wird zwischen Palästina- und Hizbullah-Fahnen immer wieder Klientel der NPD gesichtet. Die NPD hat verstanden, dass sie mit islamistischen Regimes in manchen Fragen auf einen Nenner kommt. Im Gegenzug traf der offene Brief des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad an die deutsche Regierung mit seinen Bemerkungen über "bestimmte globale Mächte und spezielle Gruppen" einen für Neonazis vertrauten Ton, Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus stiften Gemeinschaft.

Andreas Molau, stellvertretender Chefredakteur des NPD-Organs "Deutsche Stimme",

hatte als deutschen Beitrag des iranischen Karikaturen-Wettbewerbs zu Holocaust und Nahost-Konflikt eine Zeichnung seiner Zeitung eingereicht, die das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas zum israelischen Raketensilo umdeutet. Molau war auch schon Gesprächspartner des fundamentalistischen Internetportals "Muslim-Markt", wo er seinen Respekt vor dem Islam als einer "gewachsenen Kultur" bekundete. Nach der deutschen Vergangenheit gefragt, antwortete er: "Die Kollektivscham über angebliche oder tatsächliche Untaten haben wir in Deutschland zur Religion gemacht." Das passt zur iranischen Staatspropaganda: Während man die Achtung des religiösen Mythos als Faktum einfordert, wird das historische Faktum als Mythos diskreditiert. Molaus Äußerungen lassen die außenpolitischen Konturen der NPD erahnen, in deren Bundesvorstand er seit November sitzt. Davor war er einer von mehreren Beratern, welche die sächsische NPD-Fraktion vor dem kläglichen Schiffbruch bewahren sollten, den bisher alle Rechtsextremen in der Parlamentsroutine erlitten haben. Seine Biographie ist musterhaft für jene Rechten, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, da sie nicht dem Klischee des primitiven Schlägers entsprechen. Er war bereits als Abiturient bei den "Jungen Nationaldemokraten" aktiv und ließ sich anschließend von der Bundeswehr in "Psychologischer Verteidigung" schulen. Anschließend studierte er als Verbindungsstudent Germanistik, Geschichte und Politologie und gehörte zu den Stammautoren der Wochenzeitung "Junge Freiheit". Bis 1994 war er für deren Kulturteil verantwortlich und publizierte auch sonst in einschlägigen Organen wie "Criticon" sowie "Nation und Europa". Die von Helmut Kellershohn herausgegebene Studie über die "Junge Freiheit", "Das Plagiat", wies Molaus Texten schon zu dieser Zeit eine deutliche Nähe zur völkischen Ideologie und zum Nationalsozialismus nach. 1996 verschwand sein Name zunächst aus der Öffentlichkeit, Molau unterrichtete Geschichte und Deutsch an einer Waldorfschule. Nach dem Einzug der NPD in den Dresdner Landtag wurde er "bildungspolitischer Berater" der sächsischen Fraktion. Neben seinen Tätigkeiten für die NPD ist er Vorsitzender der rechtsextremen "Gesellschaft für freie Publizistik".

Für Theoretiker wie Molau gibt es eine Reihe von Verständigungsmöglichkeiten mit dem Islamismus. Das beginnt mit der grundsätzlichen Begrüßung autoritärer Gesellschaftskonzeptionen. Die dem deutschen "Volksgeist" entsprechenden Kulturformen korrespondieren nach seinem Verständnis mit jenen einer streng reglementierten islamischen Identität. Daher kann Molau in deren Vorschriften Wesensverwandtes entdecken, wenn er gegenüber "Muslim-Markt" zuspitzt: "Etwas mehr Kopftuch, als Frage einer züchtigen Kleiderordnung, stünde manch deutschem Mädel schon gut zu Gesicht." Neben Herders "Volksgeistern" erweisen sich männliche Kontrollphantasien eben als ausgesprochen kulturverbindend.

Anschlussfähig sind auch wirtschaftspolitische Vorstellungen. In ihrer praktischen Arbeit versucht die NPD, sich als Mittelstandspartei zu profilieren. Dabei propagiert sie einen nationalen Kapitalismus gegen globalen Warenverkehr und Finanzmärkte oder im NS-Jargon: "schaffendes", nicht "raffendes" Kapital. So trifft man sich in einer Front reaktionärer Sozialkritik, denn ausgehend vom religiösen Zinsverbot, verbreitet auch die islamistische Propaganda das Bild einer spezifisch islamischen Wertschöpfung, deren Dynamik traditionelle Eigentumsformen und kulturelle Identitäten nicht antaste. Die klassische antisemitische Identifikation des Kapitals mit "den Juden" gehört in der Agitation beider Lager zur Routine.

Die Vereinigten Staaten stehen im Weltbild beider für ein Gegen-Prinzip an sich, das Molau im Gespräch mit dem "Muslim-Markt" den "alle Kultur zerstörenden Amerikanismus" nennt. Mit dem politischen Islam verbindet ihn zudem die antiaufklärerische

Haltung. Der Gleichheitsgedanke gilt beiden als Symptom des Kulturzerfalls, die NPD stellt dem die "deutsche Freiheit" entgegen. Propagiert wird der Gedanke einer "nicht-westlichen" Moderne, der bereits im Kaiserreich an der Wiege des modernen Rechtsextremismus stand. All das vermag für Strategen wie Molau die Sympathien für islamistische Ziele und Methoden zu wecken.

Zentrales Element ist die Feindschaft gegen Israel. Als zeitgemäße Variante des klassischen Antisemitismus führt sie ins Herz nationalsozialistischer Ideologie. Die historische Komponente des angestrebten Schulterschlusses ist gewollt, denn mit Kadern wie Molau schärft die NPD ihr nationalsozialistisches Profil. In diesem Kontext ist besonders Molaus Deutung des NS-Ideologen Alfred Rosenberg zu beachten, über den er seine Examensarbeit als Geschichtslehrer schrieb. Ernst Pipers jüngst erschienene Gesamtdarstellung zu Rosenberg sprach ihr zwar jede wissenschaftliche Relevanz ab, doch bietet sie einen Schlüssel zum Verständnis des angestrebten Dialogs mit islamistischen Kräften. Denn Rosenbergs Hass war nicht nur ein allgemein antisemitischer. Er hatte auch eine spezifische Ausprägung gegenüber der Gründung eines jüdischen Staates. Zur Umsetzung seiner Vorstellung einer Welt ohne "Rom und Jerusalem" widmete er dem jüdischen Streben nach einer Heimstätte besondere Aufmerksamkeit.

Das Auswärtige Amt berief sich 1939 in einem Runderlass über "Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik" ausdrücklich auf Rosenberg: "Die Erkenntnis, daß das Judentum in der Welt stets der unversöhnliche Gegner des dritten Reiches sein wird, zwingt zu dem Entschluß, jede Stärkung der jüdischen Position zu verhindern. Ein jüdischer Staat würde aber dem Weltjudentum einen völkerrechtlichen Machtzuwachs bringen." Solches Gedankengut ist eine der Hauptsäulen des nazistisch-islamistischen Brückenschlags. Aufgrund der Vorstellung, dass jedem Volk sein Raum zustehe, in dem es seine spezielle Kultur entfalten könne, ist beiden Seiten eine Allianz des "deutschen Bodens" mit der "heiligen islamischen Erde" gegen die als "wurzellos" betrachteten Staatsnationen Israel und Vereinigte Staaten diskutabel. Diese Annäherungen reichen bis in die Parteispitze der NPD. Anlässlich des Irak-Krieges ergriff NPD-Chef Udo Voigt auf einer Veranstaltung der mittlerweile verbotenen islamistischen Organisation Hisb ut-Tahir das Wort. Deren Sprecher Shaker Assem betonte anschließend, der Islam sei keine Bedrohung für Deutschland: "Je gläubiger die Muslime sind, desto stärker ist ihr Bestreben, in ihre Heimatländer zurückzukehren." Die Errichtung islamischer Gottesstaaten käme also der von der NPD angestrebten "nationalen Revolution" zugute.

Allerdings ist solch ein deutsch-islamisches Bündnis noch eine Kopfgeburt. Denn trotz aller Überschneidungen wird die Grenze der nazistisch-islamistischen Annäherung durch den Rassismus der Neonazis definiert. Kenner der Szene wie der Hamburger Publizist Andreas Speit weisen auf die Vermittlungsschwierigkeiten der geopolitischen Phantasien der Parteistrategen gegenüber der Basis hin. Auch das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung beobachtet längst Unmut an der Basis. In Chatrooms von Neonazis wird darüber debattiert, ob man jetzt "Araber mögen" müsse, weil man "gegen Juden" sei. Doch schließt die NPD eine dauerhafte Präsenz des Islam in Deutschland aus. Als "Deutscher" könne man nur geboren werden, "Vermischung" sei ausgeschlossen. Die "rassischen Hauptträger" des Islam seien "Orientalen", formuliert es ein Strategiepapier der Partei in NS-Diktion. In Europa bleibe er "Feindreligion", seine Anhänger "Landbesetzer". Ein Konzept, das euphemistisch als "Ethnopluralismus" bezeichnet wird, soll die Gesellschaft auf ihre ethnische Partikularität zurückwerfen. Längerfristig strebt die NPD selbst den Konflikt an, für sie folgt die "Entislamisierung" Europas direkt der "Entamerikanisierung". Doch selbst für "Ausländer raus"-Parolen

gilt der Islam als ein hervorragendes Vehikel. Als "positive Integrationsbremse" trage er zum "ethno-biologischen Erhalt der Deutschen" bei, da er die Muslime absondere und so ihren späteren Rauswurf vereinfache. Daher wünscht man sich bis zur "gezielten Ausländerrückführung" möglichst "viel Koranfestigkeit" deutscher Muslime. Die Sympathien deutscher Neonazis für islamistische Strömungen gelten also nur aus der Ferne, im Rahmen eines taktischen Bündnisses zur Wiedergeburt des "Deutschen Reichs". Diese globale Strategie vereinfacht jedoch nicht gerade die lokale Agitation gegen einen Moscheebau. So berichten die Bergedorfer "Kameraden" von der Äußerung eines Passanten, der sie nicht widersprechen konnten: "Was habt ihr gegen die Moschee, das ist der beste Schutz gegen eine Synagoge."

Der Autor ist Mitglied im Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus.

Quelle: FAZ 21.8.07.